

Antrag 308/I/2023**Daniela Milutin, Timo Schramm, u.a.****Der Landesparteitag möge beschließen:****Wir wollen Berlin zur Einbürgerungsstadt Nr. 1 machen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des
2 Senats des Abgeordnetenhauses sowie den SPD-
3 Landesvorstand dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass
4 bei den laufenden Haushaltsverhandlungen, ausreichend
5 Mittel für ein funktionierendes Einbürgerungslots:innen-
6 programm und für eine den Migrant:innencommunities
7 gegenüber beteiligungsorientierte Einbürgerungskam-
8 pagne des Landes für die Jahre 2024/25 sichergestellt
9 werden. Um beides dauerhaft zu gewährleisten, müssen
10 auch personelle Ressourcen in der Innen- oder in der
11 Integrationsverwaltung hinterlegt werden, damit beides
12 professionell organisiert und begleitet werden kann
13 sowie Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit betrieben
14 werden.

15 Ebenso müssen Strukturen und deren Finanzierung für in-
16 terkulturelle Öffnungsprozesse im Landeseinbürgerungs-
17 zentrum sichergestellt werden, die eine Reflektion des
18 Personalmanagements und diversitätsorientierte, migra-
19 tionsgesellschaftlich ausgerichtete Öffnungsprozesse ge-
20 gemäß Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) und dem
21 Berliner Gesetz zur Förderung der Partizipation in der
22 Migrationsgesellschaft (PartMigG) sowie Fortbildungen
23 im Bereich Diversity-Training für alle Ebenen der neu-
24 en Einbürgerungsbehörde gewährleisten. Den Empfeh-
25 lungen des Rundschreibens von SenFin IV Nr. 24 (2023)
26 über Diversity-Trainings/Fortbildungen gemäß § 11 Ab-
27 satz 4 Landesantidiskriminierungsgesetz sind dabei Fol-
28 ge zu leisten. Um einen bewusst diskriminierungsfreien
29 Kontakt mit einbürgerungswilligen Bürger:innen zu be-
30 fördern, ist im Landeseinbürgerungszentrum die Rahmen-
31 dienstvereinbarung zum LADG zügig umzusetzen und
32 sind niedrigschwellige, diversitätsorientierte Beschwer-
33 destrukturen einzurichten. Auch dazu muss die Finanzie-
34 rung im laufende Haushalt sichergestellt werden.

35

Begründung

37 2021 hat sich Berlin mit der SPD auf den Weg gemacht
38 die bisherige Einbürgerungspolitik zu ändern. Berlin soll
39 nicht mehr Schlusslicht bei Einbürgerungen sein, sondern
40 ein Vorbild mit einem interkulturell aufgestellten Landes-
41 einbürgerungszentrum (LEZ). Die Idee: Wer hier dauer-
42 haft lebt, soll volle Bürgerrechte genießen und dafür nicht
43 als jahrelanger Bittsteller den Behörden hinterherrennen,
44 sondern von einer vorbildlichen Behörde als Mensch mit
45 vollen Bürgerrechten willkommen geheißen werden. Un-
46 ser Ziel: Einbürgerungen müssen von einem verwaltungs-
47 technischen Ärgernis zu einer sozialdemokratischen Er-
48 folgsgeschichte werden.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 Die Innenverwaltung ist derzeit dabei, dieses LEZ zu er-
50 richten. Denn auch Schwarz-Rot sieht ein LEZ vor. Wich-
51 tig ist, dass es interkulturell errichtet wird, auch wenn
52 dies nunmehr nicht im Koalitionsvertrag festgeschrieben
53 ist. Denn der Wille zur Einbürgerung kommt nicht auto-
54 matisch; wir müssen proaktiv etwas dafür tun und Men-
55 schen auf Augenhöhe ansprechen. Wenn das Landesei-
56 bürgerungszentrum Anfang 2024 startet, sollen zunächst
57 die tausenden liegen gebliebenen Anträge aus den Be-
58 zirken abgearbeitet werden. Es wird sicher ein Jahr dau-
59 ern, bis das LEZ voll durchstartet und dann ab 2025 jäh-
60 rlich mindestens 20.000 Menschen einbürgert. Damit das
61 gelingt, muss bereits 2024 eine Einbürgerungskampagne
62 mit den Migrant:innencommunities entwickelt und vor-
63 bereitet und Einbürgerungslots:innen geworben und ge-
64 schult werden, damit es 2025 voll los gehen kann.

65 Sowohl die Kampagne als auch die Lots:innen müssen
66 von Profis aus der Verwaltung dauerhaft organisiert, ge-
67 teamt, begleitet und geschult werden. Dafür braucht es
68 Seminare, Veranstaltungen und einen regelmäßigen Aus-
69 tausch mit Vertreter:innen aus der Lebenswirklichkeit der
70 Migrant:innen: Migrant:innenvereine, Arbeitgebervertre-
71 ter, Schulleitungen und Gewerkschaften. Einbürgerun-
72 gen, Demokratie und volle Bürgerrechte müssen überall
73 dort Thema sein, wo die Menschen täglich sind: Auf der
74 Arbeit, in der Ausbildung, in der Schule, im Verein. Ein neu
75 aufgestelltes Team in der Innen- oder in der Integrations-
76 verwaltung muss dafür sorgen, dass das Thema Einbürge-
77 rungen gesellschaftlich verankert wird.

78 Noch ist die Motivation sich einzubürgern in Berlin ver-
79 gleichsweise gering. Die Reform des Staatsangehörig-
80 keitsrechts wird aber mehr Antragsberechtigte nach kür-
81 zerer Aufenthaltszeit generieren. Um sie spätestens ab
82 2025 proaktiv zu erreichen, muss das LEZ diversitätsorien-
83 tiert aufgestellt werden. Für die Personalrekrutierung als
84 auch die Behördenkultur bedeutet das, dass Strukturen
85 und Prozesse so aufgestellt sein müssen, dass Führungs-
86 kräfte als auch Sachbearbeiter:innen die vielfältige Gesell-
87 schaft widerspiegeln. Das Landeseinbürgerungszentrum
88 muss Menschen auf Augenhöhe erreichen, um die Ziele
89 einer mindestens Verdreifachung der Einbürgerungszah-
90 len zu erzielen. Dies vorausgesetzt und mit einem proak-
91 tiven Lots:innenprogramm sowie einer beteiligungsorien-
92 tierten Einbürgerungskampagne, die professionell beglei-
93 tet werden, wird die Arbeit des Landeseinbürgerungszen-
94 trums Früchte tragen und Berlin von einem der Schluss-
95 lichter zum bundesweiten Vorreiter für Einbürgerungen
96 werden.

97 Wenn uns die Entwicklung und Implementierung dieser
98 Maßnahmen in 2024 und die Umsetzung in 2025 gelingt,
99 etablieren wir mit Blick auf 2026 eine sozialdemokratische
100 Erfolgsgeschichte. Damit uns das gelingt, müssen Gelder
101 und Personal im laufenden Haushalt eingestellt werden.